

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Kapitel:

Einführung	13
A. Begriff der direkten Besteuerung im EG-Vertrag	13
B. Zuständigkeitsverteilung auf dem Gebiet des Steuerrechts	15
C. Umfang des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiet der direkten Besteuerung	16
D. Zusammenarbeit der Verwaltungen	16
E. »Mutter-Tochter-Richtlinie«	18
F. Zusammenschluss von Gesellschaften: »Fusions-Richtlinie«	20
G. Übereinkommen 90/436/EWG	21
H. Zinserträge von Privatpersonen: Richtlinie 2003/48/EG	22
I. Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren	23
J. Gegenwärtiger Stand des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiet der direkten Besteuerung	23
K. Abgrenzung der nationalen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der direkten Besteuerung	24
L. Auswirkung des primären Gemeinschaftsrechts auf die direkte Besteuerung	24
M. Zuständigkeit und Neutralität des Gerichtshofes auf dem Gebiet der direkten Besteuerung	26
N. Die gemeinschaftsrechtliche Umräumung der direkten Besteuerung	26

## 2. Kapitel:

Das grundsätzliche Verbot von Steuerschranken für die Verkehrsfreiheiten	28
A. Einführung	28

I.	Gemeinschaftsrechtliche Umrahmung und mangelnde Harmonisierung	28
II.	Gemeinschaftsrechtliche Umrahmung und Vorrang	28
B.	Die Erfassung der direkten Besteuerung durch die Verkehrsfreiheiten	29
I.	Die Erfassung der direkten Besteuerung in Sachverhalten mit Gemeinschaftsbezug	29
1.	Ausschluss rein innerstaatlicher Sachverhalte	29
2.	Ausschluss außergemeinschaftlicher Sachverhalte	31
II.	Die Erfassung der direkten Besteuerung durch einzelne Verkehrsfreiheiten	32
1.	Direkte Besteuerung und Niederlassungsfreiheit (Artikel 43 EG)	32
2.	Direkte Besteuerung und Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Artikel 39 EG)	33
3.	Direkte Besteuerung und freier Dienstleistungsverkehr (Artikel 49 EG)	33
4.	Direkte Besteuerung und freier Kapitalverkehr (Artikel 56 EG)	33
5.	Direkte Besteuerung und Freizügigkeit der Unionsbürger (Artikel 18 EG)	34
III.	Die Erfassung der direkten Besteuerung durch mehrere Verkehrsfreiheiten	35
1.	Überschneidung der Verkehrsfreiheiten	35
2.	Anwendungsbereiche der Verkehrsfreiheiten	36
3.	Niederlassungsfreiheit und freier Kapitalverkehr	37
4.	Allgemeine Freizügigkeit der Unionsbürger und spezielle Verkehrsfreiheiten	37
5.	Vorgehensweise des Gerichtshofes in Vorabentscheidungsverfahren	37
C.	Die Anerkennung der Verkehrsfreiheiten im Bereich der direkten Besteuerung	38
I.	Die Leitprinzipien des Verbots von Steuerschranken	39
1.	Der Grundsatz der steuerlichen Inländerbehandlung: das Verbot von Zutrittsdiskriminierungen	39
a)	Das Verbot unmittelbarer Diskriminierungen	40
aa)	Grundsatz der steuerlichen Inländerbehandlung	40
bb)	Steuerliche Inländerbehandlung und Freizügigkeit der Arbeitnehmer	40
cc)	Steuerliche Inländerbehandlung und Niederlassungsfreiheit	40
dd)	Steuerliche Inländerbehandlung und freier Dienstleistungsverkehr	41
ee)	Steuerliche Inländerbehandlung und freier Kapitalverkehr	42

ff)	Steuerliche Inländerbehandlung und Sitz der Gesellschaften	42
b)	Das Verbot mittelbarer Diskriminierungen	42
aa)	Mittelbare Diskriminierung und direkte Besteuerung	42
bb)	Mittelbare Diskriminierung und Ort der Niederlassung des Wirtschaftsteilnehmers	43
cc)	Mittelbare Diskriminierung und internationales Steuerrecht: Kriterium des steuerlichen Wohnsitzes	44
2.	Der Grundsatz der steuerlichen Neutralität: das Verbot von Weggangshemmnissen	45
a)	Direkte Besteuerung und Weggangshemmnisse	45
b)	Niederlassungsfreiheit und steuerliche Weggangshemmnisse	45
c)	Freizügigkeit der Arbeitnehmer und steuerliche Weggangshemmnisse	45
d)	Freier Dienstleistungsverkehr und steuerliche Weggangshemmnisse	46
e)	Freier Kapitalverkehr und steuerliche Weggangshemmnisse	47
II.	Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen	47
1.	Anwendbare Steuergesetze: Kriterium des steuerlichen Wohnsitzes	47
2.	Das Verbot von Steuerschranken im Quellenstaat	48
a)	Die Zulässigkeit des Wohnsitzkriteriums	50
aa)	Fehlende Vergleichbarkeit von Gebietsansässigen und Gebietsfremden	50
bb)	Nichtdiskriminierende Ungleichbehandlungen	51
b)	Die Grenzen des Wohnsitzkriteriums	52
aa)	Vergleichbarkeit der Sachverhalte	52
bb)	Kriterium der wesentlichen Einkunftsquelle	52
cc)	Andere Kriterien der Vergleichbarkeit	53
2.	Das Verbot von Steuerschranken im Wohnsitzstaat	54
a)	Steuerliche Weggangshemmnisse	54
b)	Steuerliche Hemmnisse für die Erbringung von Dienstleistungen durch eine in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Person	54
c)	Steuerliche Hemmnisse für Investitionen in einem anderen Mitgliedstaat	55
d)	Hemmnisse für die Freiheit, sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen	56
III.	Die Besteuerung der Gewinne von Gesellschaften	56
1.	Die Besteuerung erzielter Gewinne	57
a)	Besteuerung der erzielten Gewinne im Quellenstaat	57
aa)	Steuerliche Ungleichbehandlung je nach der Form der Zweigniederlassung	57

bb)	Steuerliche Ungleichbehandlung je nach dem Sitz der Gesellschaft: Steuersatz	58
cc)	Ungünstige Besteuerungsmodalitäten für gebietsfremde Gesellschaften	58
b)	Besteuerung der erzielten Gewinne im Wohnsitzstaat	59
aa)	Diskriminierungsverbot im Rahmen eines Konzerns	59
bb)	Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf inländische Kosten	59
2.	Die Besteuerung ausgeschütteter Gewinne	60
a)	Besteuerung der Dividenden und mehrfache Steuererhebung	60
b)	Besteuerung von Dividenden und Verkehrsfreiheiten	61
c)	Eingehende und ausgehende Dividenden	62
aa)	Besteuerung ausgehender Dividenden	62
(1)	Abzüge an der Quelle und steuerliche Gleichbehandlung	62
(2)	Vorweggenommene Zahlung der Steuer allein bei Dividenden, die gebietsfremde Anteilseigner erhalten	62
(3)	Abzug an der Quelle allein bei Dividenden, die gebietsfremde Anteilseigner erhalten	63
bb)	Besteuerung eingehender Dividenden	63
(1)	Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung	63
(2)	Befreiung allein für Gewinne, die von gebietsansässigen Gesellschaften ausgeschüttet werden	64
(3)	Günstigerer Steuersatz allein für Gewinne, die von gebietsansässigen Gesellschaften ausgeschüttet werden	65
(4)	Steuergutschrift allein für Gewinne, die von gebietsansässigen Gesellschaften ausgeschüttet werden	65

### 3. Kapitel:

#### Die Grenzen des Verbots steuerlicher Beeinträchtigungen der Verkehrsfreiheiten

67

#### A. Beachtung der nationalen Steuerzuständigkeiten

67

##### I. Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Aufteilung ihrer Besteuerungsbefugnisse

67

##### II. Beachtung der einseitigen Aufteilung der Steuerzuständigkeiten

67

##### 1. Territorialität und Unterschiedlichkeit der Rechtsvorschriften

67

##### 2. Besteuerung von Gesellschaften

68

##### 3. Besteuerung natürlicher Personen

69

##### 4. Sitzstaat und Quellenstaat

70

III.	Beachtung der vertraglichen Aufteilung der Steuerzuständigkeiten	71
1.	Steuerzuständigkeit und bilaterale Abkommen	71
2.	Bilaterale Abkommen und Beachtung des Gemeinschaftsrechts	71
3.	Aufteilung der Steuerzuständigkeiten	72
4.	Neutralisierung steuerlicher Ungleichbehandlungen	73
B.	Anwendung der gemeinschaftsrechtlichen Rechtfertigungsgründe	73
I.	Ausgeschlossene Rechtfertigungsgründe	73
1.	Fehlen einer gemeinschaftlichen Harmonisierung	74
2.	Forum shopping	74
3.	Steuermindereinnahmen	75
II.	Zulässige Rechtfertigungsgründe	75
1.	Bestehen objektiv nicht vergleichbarer Situationen	76
a)	Erfassung und Rechtfertigung	76
b)	Spezifität der Vertragsbestimmungen im Bereich des Kapitalverkehrs	76
c)	Anwendung durch den Gerichtshof	77
d)	Enger Ansatz bei Ausnahmen	77
e)	Objektiv vergleichbare Situationen	78
f)	Objektiv nicht vergleichbare Situationen	78
2.	Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	79
a)	Wahrung der Kohärenz der Steuerregelung	79
aa)	Zwingender Grund des Allgemeininteresses	79
bb)	Voraussetzungen eines unmittelbaren Zusammenhangs	80
cc)	Identität des Steuerpflichtigen	81
dd)	Identität der Besteuerung	81
ee)	Teleologische Beurteilung	82
b)	Wirksamkeit der steuerlichen Kontrollen und Bekämpfung von Steuerumgehung und -hinterziehung	83
aa)	Wirksamkeit der steuerlichen Kontrollen	83
bb)	Grenzen: Verhältnismäßigkeit und Richtlinie über die behördliche Zusammenarbeit	84
cc)	Bekämpfung von Steuerhinterziehung	84
dd)	Grenzen: rein künstliche Konstruktionen	84
ce)	Grenzen: Keine Vermutung von Steuerhinterziehung	85
ff)	Die Frage der Rechtsvorschriften über »beherrschte ausländische Gesellschaften«	85
4.	Kapitel: Leitlinien der Rechtsprechung des Gerichtshofes	86

Anhang 1: Fundstelle der meist zitierten Rechtssachen	88
Anhang 2: Wichtige Urteile des EuGH in Steuersachen	91
1. Das Urteil Manninen (2004)	91
2. Das Urteil Schempp (2005)	104
3. Das Urteil Marks & Spencer (2005)	114
4. Das Urteil Conijn (2006)	128
5. Das Urteil Cabury Schweppes (2006)	134

PPN: 272674435

Titel: Die direkte Besteuerung in der EU / Koen Lenaerts. - . - Baden-Baden : Nomos, 2007

ISBN: 978-3-8329-2896-4

Bibliographischer Datensatz im SWB-Verbund